

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 12.12.2023

„Keine Atempause für gesundheitsschädigende Raser und Poser“

(Frage in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft))

A. Problem

Die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hat die nachfolgenden Fragen in der Fragestunde zu dem Thema „Keine Atempause für gesundheitsschädigende Raser und Poser“ gestellt:

- 1.) Wann wird der Senat die Arbeit der polizeilichen Kontrollgruppe Raser und Poser in Bremen wiederaufnehmen?
- 2.) Inwieweit will der Senat dabei Erfahrungen aus anderen Städten wie zum Beispiel Mannheim und Hamburg in Bezug auf Ausrüstungen, gutachterliche Begleitung, wirksame Verfahren etc. berücksichtigen?
- 3.) Wann wird die erfolgreiche Sperrung zur Umsetzung des temporären Durchfahrtsverbotes des Sielwalls wiederaufgenommen und inwieweit sind dort weniger personalintensive Lösungen geplant?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Die Spezialisten der Verkehrspolizei werden ihre Arbeit als ständige Einheit voraussichtlich im Frühjahr 2024 wiederaufnehmen.

Zu Frage 2:

Die Polizei Bremen tauscht sich in dieser Thematik mit allen Länderpolizeien aus und bewertet, ob und inwiefern diese auch für die Stadt Bremen umgesetzt werden können. Dies betrifft sowohl die materielle Ausstattung als auch etwaige gutachterliche Kooperationen und angewandte Verfahren. Als Ergebnis dieses Austausches könnten die sogenannten „Lärmblitzer“ nach erfolgreicher Erprobung in Berlin perspektivisch auch in Bremen zum Einsatz kommen. Des Weiteren ist die Polizei Bremen Mitglied in der Arbeitsgruppe „Illegale Kraftfahrzeugrennen“ der Arbeitsgemeinschaft Verkehrspolizeiliche Angelegenheiten.

Zu Frage 3:

Die „Poser“-Problematik kann nur ganzheitlich gelöst werden. Eine Sperrung am Sielwall würde das Problem schlicht verlagern. Der Senator für Inneres und Sport steht im engen Austausch mit der hierfür zuständigen Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, wo technische und rechtliche Möglichkeiten geprüft werden, um dem Problem über Kontrollen hinaus nachhaltig begegnen zu können.

Alternativen

Keine.

C. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Genderprüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen oder personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Genderspezifische Aspekte sind nicht betroffen.

D. Beteiligung/ Abstimmung

Die Abstimmung mit der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung wurde eingeleitet.

E. Öffentlichkeitsarbeit/ Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.
Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

F. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres und Sport vom 11.12.2023 der Antwort auf die Fragen der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN in der Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.